

# Die Globalisierung muss sozial werden

Frühere Globalisierungsprediger denken um: Der Welthandel brauche gerechtere Rahmenbedingungen, sonst drohe er unter einer Welle sozialen Protests begraben zu werden.

Von **Stefan Hostettler**

Nach dem Scheitern der Welthandelsgespräche in Genf ist die Rede von kollektiver Unvernunft. Als Schuldige stehen die störrischen Bauern, die immer selbstbewusster auftretenden Schwellenländer sowie die üblichen Verdächtigen im Weissen Haus und im Elysée-Palast am Pranger. Sie alle haben ihre Interessen vehement verteidigt – und dafür das Ende der Doha-Runde in Kauf genommen.

Dass sich diese Verhandlungen seit über sieben Jahren erfolglos dahingezogen haben, deutet auf grundsätzlichere Probleme hin. Mittlerweile zweifeln immer breitere Bevölkerungsschichten daran, ob die Politik des globalen Freihandels ihnen wirklich einen besseren und vor allem gesicherten Lebensstandard beschert. Wenn auch am Genfersee diese Woche Strassenschlachten gegen die «neoliberale Weltordnung» wie einst in Seattle oder Cancun ausblieben, wird die Kritik der «Anti-Mondialistes» langsam gesellschaftsfähig.

Das hat den Bewegungsspielraum der Unterhändler eingeschränkt. Ein Scheitern war somit programmiert. Und das, obwohl die überwiegende Mehrheit der Industriestaaten in den letzten Jahren sehr wohl direkt und indirekt von billigen Produkten aus China oder besseren globalen Absatzmöglichkeiten der Unternehmen profitierte. Nur ist dieser Wohlstand mit einer zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheit gekoppelt: War es früher für alle klar, dass es die eigenen Kinder dereinst besser haben werden, fürchtet heute eine wachsende Zahl den eigenen sozialen Abstieg.

## Zweifelnde Nobelpreisträger

Doch es ist nicht nur der bedrängte Mittelstand, der den aktuellen Globalisierungskurs zunehmend hinterfragt. Ebenso tun dies immer mehr führende Ökonomen wie Paul Krugman, Paul Samuelson oder seit längerem schon Joseph Stiglitz – die Liste liest sich wie ein «Who's who» der Aussenhandelspezialisten. Auch jene Experten geraten ins Grübeln, die der Öffentlichkeit bisher mit Verweis auf jahrhundertalte ökonomische Grundsätze versichert haben, dass langfristig offene Märkte immer im Interesse aller seien.

Prominent exponiert sich Princeton-Professor Krugman, der mit einer wegweisenden Studie 1995 noch aufgezeigt hatte, dass der Aussenhandel mit ärmeren Ländern die Löhne der amerikanischen Arbeiter nur vernachlässigbar unter Druck setzen würde. In einer neusten Arbeit stellt er die eigenen Erkenntnisse grundsätzlich in Frage: Die negativen Folgen des Welthandels seien deutlich grösser, aber leider nur schwer quantifizierbar. Die verfügbaren Aussenhandelsstatistiken würden die komplizierten Warenflüsse zwischen Konzernen und verschiedenen Zulieferern quer über den Globus nur unzureichend widerspiegeln.

Mit China und Indien habe die bereits



BILD JB REED/BLOOMBERG

Wo die Globalisierung begleitet wird von modernen Wohlfahrtssystemen, stösst sie auf weniger Ablehnung.

seit Jahrzehnten laufende Globalisierung «eine ganz andere Grössenordnung erreicht», erklärt zudem Nobelpreisträger Paul Samuelson. «Es ist nicht einmal die Einkommensverteilung allein. Eine globalisierte Welt ist eine sehr unruhige, angespannte Welt», so die Bedenken des mittlerweile 93-jährigen, der mit seinem Lehrbuch «Economics» ganze Generationen von Wirtschaftsstudenten geprägt hat.

«Theoretisch ist die Globalisierung eine Win-win-Situation, aber für den Westen stimmt das nicht mehr», sagt auch Stephen Roach, Asien-Chefökonom von Morgan Stanley. Ebenso warnen Harvard-Professor Dani Rodrik oder der frühere Vizepräsident der amerikanischen Notenbank, Alan Blinder, vor einer Gegenreaktion, wenn die zunehmenden sozialen Spannungen, die mit dem globalen Wettbewerb verbunden sind, nicht angegangen würden. Ohne Gegensteuer drohte wegen der «nächsten industriellen Revolution» in zwei Jahrzehnten 40 Millionen weiteren amerikanischen Jobs unwiderruflich der Transfer nach Fernost, so Blinder.

## Ölpreis verschafft Verschnaufpause

Den neuen Zweiflern liegt nichts ferner als eine Rückkehr zu protektionistischen Handelsbarrieren. Für sie ist klar, dass die wirtschaftliche Globalisierung den Industrieländern ein nie da gewesenes Mass an Wohlstand beschert hat – und Millionen von Arbeitnehmenden in Schwellenländern eine Zukunftschance. Anders als Agro-Anarchisten vom Schlage eines José Bové wollen sie das Rad nicht zurückdrehen. Aber sie fordern eine intellektuelle Debatte darüber, wie diese Entwicklung öffentlich stärker legitimiert und den Verlierern mit flankierenden Massnahmen geholfen werden kann. Dazu sollen die Gewinner ihre Globalisierungsdividende teilen. Das Geld müsste dann im grossen Stil in Aus- und Weiterbildung der

schlecht qualifizierten Arbeitskräfte investiert werden, so eine Idee. Ein anderer Vorschlag des früheren amerikanischen Finanzministers und Harvard-Ökonomen Lawrence Summers ist, mit neuen Regeln zu verhindern, dass Konzerne und mobile, private Grossverdiener den internationalen Steuerwettbewerb ad absurdum führen und mit Hilfe windiger Berater jeglichem Fiskus entkommen. Ganz grund-

## TagesAnzeiger

Mit diesem Artikel verabschiedet sich **Stefan Hostettler** von den Leserinnen und Lesern des TA. Nicht nur sein ökonomisches Wissen und sein Erfahrungsschatz zeichneten ihn als Journalist aus, sondern auch sein Interesse an allen Aspekten des Weltgeschehens. hst, so sein Kurzzeichen, wird politischer Fachsekretär und wissenschaftlicher Mitarbeiter der SP-Fraktion im Bundeshaus.

Stefan Hostettler stiess im Juli 2000 zum TA. Er befasste sich zuerst mit der Finanzbranche. Immer schon interessierte ihn aber die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik ganz besonders. Der Wechsel auf den Korrespondentenposten in Brüssel war daher für ihn die Erfüllung eines Traums und für den TA ein Glücksfall. Anfang Februar kehrte der studierte Ökonom in das Wirtschaftsressort in der Zürcher Zentrale zurück, wo er über makroökonomische Themen berichtete.

Mit seiner freundlichen und offenen Art, seinen klaren Meinungen und seiner Hilfsbereitschaft war Stefan Hostettler ein wichtiges Mitglied des Wirtschaftsressorts. Wir wünschen ihm alles Gute. (se)

sätzlich soll auf internationaler Ebene einem regulatorischen Abwärtswettkampf, speziell was Sozial- und Umweltstandards betrifft, entgegengetreten werden.

Selbstverständlich ruft der Gesinnungswandel von streitbaren Persönlichkeiten wie Krugman auch Widerspruch von linientreuen Kollegen hervor. «Alles total falsch», kommentierte der indische Columbia-Professor Jagdish Bhagwati kürzlich gegenüber dem «Wall Street Journal» einen neusten Aufsatz von Alan Blinder. Dieser rechne falsch, denn in hochqualifizierten Wirtschaftssektoren würden weiterhin viele Arbeitsplätze geschaffen.

Auch das McKinsey Global Institute (MGI), eine Pro-Globalisierungs-Denkfabrik, unterstellte den Abtrünnigen, sie würden die Probleme übertreiben und die Vorteile kleinreden. Blinder sei ein Panikmacher, sagt die MGI-Direktorin Diana Farrell, die auch regelmässig am World Economic Forum in Davos für weitere Liberalisierungsschritte wirbt. Doch gerade wenn die Fakten so eindeutig wären, müsste eigentlich niemand die eingeforderte Grundsatzdebatte fürchten.

Eher naiv mutet die Hoffnung an, die Probleme würden sich angesichts der Ölpreishausse selbst aus der Welt schaffen: Wenn auch der höhere Treibstoffpreis einzelne Konzerne darüber nachdenken lässt, ob sie auf die eine oder andere Container-Ladung nach China verzichten sollen, wird dies den Trend nicht umkehren. Bestenfalls werden höhere Transportkosten die eigentlich sinnlose, aber betriebswirtschaftlich attraktive Zirkulation von Zwischenprodukten zu verhindern helfen.

Bereits wittern Populisten von links und rechts Morgenluft: Gezielt versuchen sie, die diffusen Globalisierungssängste der

Menschen für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen. Das wird über kurz oder lang die Politik dazu zwingen, auf diesen Kurs einzuschwenken. Für Paul Samuelson belegt das Wiedererstarken der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung oder der Ruf von Investmentguru Warren Buffett nach Handelseinschränkungen diesen protektionistischen Trend. «Ich erwarte für die kommenden Jahre vermehrt Forderungen, dass Länder wie China erst mal die gleichen Löhne zahlen sollten wie unsere Firmen, bevor wir etwas von dort einführen. So etwas würde den Grossteil des China-Handels beenden!», warnt der Nobelpreisträger in «Die Zeit». Was eine allfällige Vollbremsung bedeuten kann, erlebte die Weltwirtschaft in den 30er-Jahren, als nach acht Jahrzehnten blühenden Freihandels der neu entdeckte Protektionismus direkt in eine Depression führte.

Die Globalisierung ist keine Naturkatastrophe, die wie eine Heuschreckenplage über die Welt hereinbricht, sondern ein durch menschliche Einflüsse hervorgerufenes Phänomen. Mit Recht verlangen die Menschen daher von der Politik, dass sie die Globalisierung nicht nur passiv über sich ergehen lässt, sondern aktiv mitprägt.

Da das auf nationaler Ebene nicht zu bewerkstelligen ist, muss die Aufgabe von internationalen und multilateralen Gremien übernommen werden. Diese funktionieren zwar sehr schwerfällig, wie die laufende Doha-Runde zeigt, doch leider gibt es dazu keine Alternative.

Es reicht auf keinen Fall, wenn die Industriestaaten angesichts der chinesischen Billiglöhne einfach auf Rationalisierung setzen. Die wirtschaftsliberale Idee, den Druck der Globalisierung einfach zum kontinuierlichen Abbau des Sozialmodells zu nutzen, birgt gesellschaftlichen Sprengstoff. Natürlich sind verschiedene sozialromantische Vorstellungen in einzelnen Staaten des alten Europa überholt. Untersuchungen belegen jedoch un-

missverständlich, dass beispielsweise in jenen nordischen Volkswirtschaften, die ihre Wohlfahrtssysteme nicht abgeschafft, sondern mit neuen Anreizmodellen reformiert haben, die Globalisierung auf deutlich weniger Ablehnung stösst. Dort wo diesen Ängsten keine Beachtung

geschenkt wird, haben es politische Reformversuche immer schwerer, da sich die Bürgerinnen und Bürger verklärt an die guten alten Zeiten klammern und Modernisierungsversuche verteufern. Darum warnt auch der Historiker Tony Judt davor, auf die aktuelle Globalisierungswelle mit einem Sparkurs zu antworten. Die verschiedenen europäischen Wohlfahrtsmodelle seien entstanden, um aus der Geschichte zu lernen und zwischen den wirtschaftlichen Verlierern und Gewinnern einen Ausgleich zu schaffen. Erst so sei die gewonnene Prosperität ermöglicht worden.

Die Menschen können längerfristig nur noch für eine «Globalisierung mit menschlichem Antlitz» gewonnen werden. Gelingt das nicht, werden es auch Liberalisierungsversuche im Rahmen der WTO schwer haben. Ohne politische Gegenmassnahmen dürften sich dann die hässlichen Fratzen von Nationalismus und Protektionismus zeigen, die man aus der Vergangenheit nur zu gut kennt.

## Der Ölpreis alleine wird die Probleme der Globalisierung nicht lösen.

## UBS hat trotz Vergleich mehr Ärger

Boston/New York. – Die UBS schliesst einen Rechtsstreit in den USA mit einem Vergleich ab, kommt aber bei einem zweiten weiter unter Druck. Beide Male geht es um sogenannte Auction Rate Securities, welche die UBS an Städte und Gemeinden in Massachusetts respektive New York verkauft hat. Diese Papiere verloren im Zuge der Immobilienkrise drastisch an Wert und konnten schliesslich nicht mehr gehandelt werden. Der UBS wird in beiden Fällen vorgeworfen, nicht korrekt über das Risiko dieser Papiere informiert zu haben.

Mit Massachusetts hat sich die Grossbank nun darauf geeinigt, weitere 4,4 Millionen Dollar zurückzuzahlen. Bereits im Mai hatte die UBS 17 Städten und Gemeinden über 35 Millionen zurückerstattet. Damit sind die Probleme allerdings nicht vom Tisch. In Massachusetts und New York sind noch Betrugsklagen hängig, bei denen es um ungleich grössere Summen geht.

In New York richten sich die Betrugsmittlungen der Staatsanwaltschaft angeblich auch gegen den Chefjuristen der Bank in den USA. Bei einem der nicht namentlich genannten Beschuldigten handle es sich um David Aufhauser, so das «Wall Street Journal». Die UBS wollte sich dazu

nicht äussern. Sie erinnerte allerdings daran, selbst eine interne Untersuchung durch externe Rechtsberater durchgeführt zu haben. Diese hätte keine Anhaltspunkte geliefert, dass Angestellte gegen gesetzliche Bestimmungen verstossen hätten.

Die Verwicklung von Aufhauser in das Verfahren wäre insofern brisant, als es sich bei dem 58-jährigen Harvard-Absolventen um den früheren Chefjuristen des US-Finanzministeriums handelt. Aufhauser war am 1. September 2004 zur UBS gestossen und wurde zum Chefjuristen für die Investmentbank und für Nordamerika ernannt. In dieser Funktion war Aufhauser direkt dem heutigen Verwaltungsratspräsidenten Peter Kurer unterstellt. Aufhauser ist auch Mitglied des Führungsgremiums direkt unter der Konzernleitung. Seine Ernennung wurde damals als cleverer Schachzug bezeichnet. Die UBS hatte 2004 grössere Probleme mit den US-Behörden und zahlte eine Busse von 100 Millionen wegen illegalen Banknotenhandels.

Die UBS ist nicht als einzige Bank von solchen Klagen betroffen. Auch Merrill Lynch und Citigroup stehen im Fokus. Gegen letztere untersucht jetzt auch die US-Börsenaufsicht SEC. (AP)

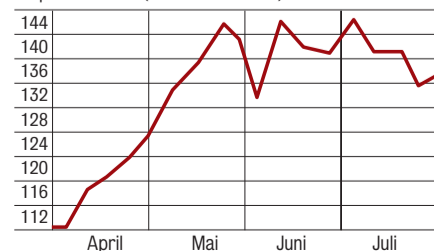
## Ökoheizöl schwefelarm – Preise in der Region Zürich

Liter	17. 7. 08	24. 7. 08	31. 7. 08
480– 800	167.40	161.90	163.20
801– 1500	151.30	145.80	147.10
1501– 2200	143.80	138.30	139.80
2201– 3000	141.60	136.10	137.40
3001– 6000	137.30	131.80	133.10
6001– 9000	134.60	129.10	130.40
9001– 14000	133.50	128.00	129.30
14001– 17000	132.50	127.00	128.30
17001– 23000	131.90	126.40	127.70
über 23001	131.40	125.90	127.20

Inkl. MwSt. und CO<sub>2</sub>-Abgabe. Für Heizöl (Euro-Qualität) liegt der Preis um ca. 3.50 Fr. pro 100 Liter tiefer.

## Ökoheizöl-Preis

Fr. pro 100 Liter (3001–6000 Liter)



Höchstpreis 2008: 144.70 Fr. pro 100 Liter  
Tiefstpreis 2008: 97.80 Fr. pro 100 Liter

ANZEIGE

## PUTNAM WORLD TRUST II

ein Umbrella-Fonds irischen Rechts

### MITTEILUNG AN DIE ANTEILINHABER

Die Anteilinhaber des Teilvermögens Putnam U.S. Liquid Assets Fund (das «Teilvermögen») werden darüber informiert, dass das Teilvermögen gestützt auf Klausel 41.01 des Treuhandvertrages mit Wirkung per 19. September 2008 aufgelöst wird.

Das Teilvermögen wird aufgelöst, weil es durch sein relativ geringes Volumen nicht von Grössenvorteilen profitieren kann. Deshalb verursacht es den Anlegern mehr Kosten und ist zudem teurer in der Verwaltung. Daher ist die Verwaltungsgesellschaft der Auffassung, dass eine Auflösung des Teilvermögens im Interesse der Anleger liegt.

Nach dem 19. August 2008 werden keine Zeichnungsanträge mehr entgegengenommen.

Die Anteile können vor dem Auflösungsdatum zum Nettoinventarwert (ohne Ausgabeaufschlag) in Anteile eines anderen Teilvermögens von Putnam World Trust II umgetauscht werden. Vom 19. August 2008 bis zur Auflösung entfällt bei der Rücknahme von Anteilen der Klassen B und C der bedingte Rücknahmeabschlag. Fondsanteile, die nicht vor dem 15. September 2008 zurückgegeben oder umgetauscht werden, werden zum Auflösungserlös ausbezahlt. Ab dem 15. September 2008 werden keine Aufträge mehr angenommen.

Eine Kopie der Trusturkunde, der Auszugsprospekt, der vereinfachte Prospekt, der Jahres- und Halbjahresbericht können kostenlos bei der Vertreterin in der Schweiz bezogen werden. Als Zahlstelle amtet Fortis Banque (Suisse) S.A., Zweigniederlassung Zürich, Rennweg 57, Postfach, 8021 Zürich.

Die Vertreterin des Fonds in der Schweiz: Fortis Foreign Fund Services AG, Rennweg 57, 8021 Zürich

Zürich, Juli 2008

JP192T.31